

# **DIE LINKE. Sachsen**

## **10. Landesparteitag**

### **I                   Initiativanträge**

#### **I.1                   Appell gegen Entdemokratisierung, gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie**

Bericht an den 10. Landesparteitag am 16. November 2013 in Leipzig

---

Der Landesparteitag beschließt folgenden Initiativantrag:

---

#### **Appell gegen Entdemokratisierung, gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Homophobie!**

Seit 2010 regiert die völkische Partei Fidesz in Ungarn mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Seitdem betrachten wir mit Sorge die Prozesse der Entdemokratisierung und des staatlich angestachelten Hasses gegen marginalisierte gesellschaftliche Gruppen in dem EU-Mitgliedsstaat.

Wir wenden uns gegen die menschenfeindliche und antidemokratische Politik in Ungarn.

Wir erklären uns solidarisch mit den Betroffenen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt und mit den zivilgesellschaftlichen Kräften, die Widerstand leisten.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung und die europäischen Institutionen auf, ihre Möglichkeiten zu nutzen gegen die beschriebenen Entwicklungen in Ungarn vorzugehen.

Wir appellieren an die deutsche CDU/CSU, endlich Druck auf ihre Schwesterpartei Fidesz auszuüben.“

#### **Begründung**

Seit 2010 regiert die völkische Partei Fidesz in Ungarn mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Seitdem betrachten wir mit Sorge die Prozesse der Entdemokratisierung und des staatlich angestachelten Hasses gegen marginalisierte gesellschaftliche Gruppen in dem EU-Mitgliedsstaat.

Die reaktionäre Wende findet unter anderem ihren Ausdruck in der Änderung der Verfassung, die zum 1.1.2012 in Kraft trat. In die Präambel des neuen „Grundgesetzes“ wurde ein nationales Glaubensbekenntnis formuliert, das sich auf die völkische Nation stützt. Ein zentrales Instrument um sich demokratischer Kontrolle zu entledigen ist die faktische Entmachtung des Verfassungsgerichtes. Dieses hatte im Vorfeld unter anderem die Demontage der Pressefreiheit durch die Novellierung Mediengesetzes zum Teil zurückgenommen und damit die geplante autoritäre Kontrolle von staatlichen, privaten und freien Medien zumindest eingeschränkt. Der freie Informationsfluss ist de facto nicht mehr gegeben, oppositionellen Medien wird die Arbeit eingeschränkt.

Das ungarische Grundgesetz relativiert Minderheitenrechte und feuert damit das hasserfüllte gesellschaftliche Klima an. Die Hatztiraden völkischer Medien sind antisemitisch, antiziganistisch und homophob, richten sich aber auch gegen die EU und gegen andere demokratische Einrichtungen – gegen alles also, was vermeintlich nicht völkisch ist. Während dessen wird die Gesellschaft durch die hochgradige Mystifizierung der „Volksgemeinschaft der Magyaren“ („Magyaretum“) und die Blut-und-Boden Ideologie weiter infiltriert. Den Hass bekommen vor allem Roma, Arme und Obdachlose in Ungarn zu spüren, aber auch Juden, die LGBTQ-Community, Linke, Linksliberale und Sozialdemokraten. Nicht nur, dass die Angehörigen der größten Minderheit Europas in Ungarn in großer Armut, ausgegrenzt von Bildung, Gesundheitsvorsorge und

gesellschaftlicher Teilhabe leben. Die völkische Regierung treibt die Diskriminierung und Ausgrenzung mit faktischen Sondergesetzen auf die Spitze. Bürgerrechtsorganisationen sprechen bereits von tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen von Amts wegen.

Maßnahmen, die sich vor allem gegen Roma richten:

Die Auszahlung von Sozialhilfe wird seit 2012 an den Zwang zu gemeinnütziger Arbeit und Ordnungskontrollen in Wohnungen geknüpft, das Pflichtschulalter wurde auf 15 Jahre herabgesetzt, junge Frauen unter 18 bekommen keine Erstgeburtshilfe („unter 18 haben die ihren Platz in der Schulbank“), an manchen Orten dürfen Romakinder am Schwimmunterricht nicht teilnehmen, weil sie „das Wasser verschmutzen“, in Roma Ghettos, mit Häusern ohne Wasseranschluss werden öffentliche Brunnen gesperrt, um den „übermäßigen Wasserverbrauch“ einzudämmen, und zu alledem ist Superminister Balog gerade dabei, die „liebevoller Segregation“ von Romakindern einführen. Auch die von der Fidesz vorgeschlagene WählerInnenregistrierung richtet sich vor allem gegen soziale deklassierte, mehrheitlich auf dem Land lebende Roma und ist eine Hürde bei der Ausübung der demokratischen Teilhabe.

Die mangelnde Abgrenzung der Fidesz von der neonazistischen Jobbik-Partei, die Roma mit der eigenen gegründeten paramilitärischen „Neue ungarischen Garde“ einschüchtert, schlägt sich unter anderem in der Erweiterung der Rechte paramilitärischer Bürgerwehren nieder. (Mit dieser Gesetzesnovellierung wurde das Recht auf bewaffneten Selbstschutz auf eigenem Grund und Boden eingeführt.)

Auch Arme und Obdachlose werden tagtäglich kriminalisiert, sie erfahren einen strukturellen Rassismus. Ein 2011 Jahr erlassenes Gesetz legitimiert die Vertreibung von Wohnungslosen aus dem öffentlichen Raum. Für die Betroffenen bedeutet dies heftige Geldstrafen, Inhaftierung und Gewalt durch Sicherheitsdienste und Behörden. Nachdem das Verfassungsgericht auch dieses Gesetz kassiert hatte, hat das de facto-Verbot der Wohnungslosigkeit seit März 2013 Verfassungsrang.

Neben den verschiedenen Formen von Rassismen wird auch der Sozialdarwinismus in Ungarn institutionell befeuert. Dies zeigt sich nicht nur in einem Boom revisionistischer historischer Bezüge wie beispielsweise Würdigungen für das langjährige ungarische Staatsoberhaupt Miklós Horthy, der bereits weit vor dem 2. Weltkrieg antijüdische Gesetze erließ und Mitverantwortung am Holocaust gegen die ungarischen JüdInnen trug. Im Nationalen Grundlehrplan (NAT) werden zudem antisemitische Schriftsteller der Zwischenkriegszeit als Lektüre empfohlen. Antisemitische und revisionistische Historiker und Journalisten sowie rechtsradikale Künstler werden staatlich gefördert und ausgezeichnet. Der 2011 ausgezeichnete Journalist Zsolt Bayer schrieb im Fidesz-nahen Rechtsaußenblatt „Magyar Hírlap“: „Ein bedeutender Teil der Zigeuner ist nicht geeignet, unter Menschen zu leben. Sie sind Tiere. Diese Tiere sollen nicht sein dürfen. In keiner Weise. Das muss gelöst werden - sofort und egal wie.“

Die menschenrechtswidrige offizielle ungarische Politik bestärkt die, die ihre menschenfeindlichen Einstellungen in Gewalt umsetzen. In diesem Jahr (2013) wurden die drei Mörder von sechs Roma zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Wie im Fall des Nationalsozialistischen Untergrund in Deutschland bescheinigen BeobachterInnen des Prozesses den Behörden ein inkonsequentes und rassistisch gefärbtes Vorgehen bei den Ermittlungen. Die ungarische Gesellschaft habe auf die rassistischen Gewalttaten „im Großen und Ganzen gleichgültig und verschlossen“ reagiert, so der Bürgerrechtler Aladár Horváth.

*Der Initiativantrag wurde durch 32 Delegierte unterstützt. (Unterschriftenliste liegt der Antrags- und Redaktionskommission vor)*

<b>Entscheidung des Parteitages</b>		
<b>angenommen:</b>	<b>X</b>	<b>abgelehnt:</b>
überwiesen an:	_____	
Stimmen dafür:	_____	dagegen: ___1_____ Enthaltungen: ___1_____
Bemerkungen:	_____	

f.d.R.

Leipzig, den 16. November 2013

Tagungsleitung: \_\_\_\_\_

Antrags- & Redaktionskommission: \_\_\_\_\_